

Medienmitteilung

Bern, 5. Februar 2026

Klares Nein des Gewerbes zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»

Die Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv sagt deutlich Nein zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Das Gewerbe will sich für eine verantwortungsvolle Schweiz einsetzen. Doch diese Initiative ist der falsche Weg. Ja sagen die Mitglieder hingegen zum Kriegsmaterialgesetz und zum Zivildienstgesetz.

Das Parlament des Schweizerischen Gewerbeverbandes, die Schweizerische Gewerbekammer, ist sich einig: Es braucht ein klares Nein bei der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz».

Das Gewerbe will sich für eine verantwortungsvolle Schweiz einsetzen. Dazu gehört, Herausforderungen wie Umwelt-, Infrastruktur- und Sozialfragen anzupacken. Doch diese Initiative setzt dabei auf rigide Grenzwerte und starre Mechanismen, die weitreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen nach sich ziehen – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Darum braucht es ein klares Nein.

Unternehmerisches Risiko bei Annahme der Initiative

KMU sind das Rückgrat der Wirtschaft. Sie beschäftigen Mitarbeitende, bilden Lernende aus und sorgen für Innovation und regionale Wertschöpfung. «Eine Annahme der Initiative würde diesen Unternehmen erhebliche Risiken bringen», sagt Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Durch die feste Begrenzung der Bevölkerung und verpflichtende Massnahmen im Zuwanderungsbereich könnten Schweizer Unternehmen schon bald Schwierigkeiten bei der Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte haben, die viele KMU dringend benötigen. Gerade in spezifischen Branchen – Handwerk, Pflege, Gastronomie, IT – sind Fachkräfte oft international rekrutiert. Wenn diese Zuwanderung eingeschränkt oder verunmöglicht wird, wird ein Teil der KMU mit dem Fachkräftemangel allein gelassen. Dadurch geraten bestehende Arbeitsprozesse, Produktion und Dienstleistungen unter Druck – mit Risiken für Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit.

«Zudem drohen wirtschaftliche Unsicherheiten, wenn internationale Abkommen wie das Personenfreizügigkeitsabkommen gekündigt werden müssten», sagt sgv-Präsident Fabio Regazzi. Viele KMU sind auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit EU-Partnern angewiesen – sei es im Export, im Einkauf von Vorleistungen oder bei der Rekrutierung von Spezialistinnen und Spezialisten. Eine aktive Schwächung des bilateralen Weges mit der EU könnte diese Zusammenarbeit erheblich erschweren, was zusätzliche Hürden, Kosten und Risiken für KMU schafft.

Es braucht pragmatische Lösungen

Statt zusätzliche starre Beschränkungen zu schaffen, braucht es nach dem Willen der Gewerbekammer pragmatische, marktwirtschaftliche Lösungen: mehr Investitionen in Infrastrukturen, gezielte Massnahmen im Arbeitsmarkt, Anreize zur Fachkräfteausbildung und -bindung sowie eine Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und der Welt. Urs Furrer: «KMU müssen gestärkt, nicht belastet werden.»

Die weiteren Parolen der Schweizerischen Gewerbekammer

JA zum Kriegsmaterialgesetz

Die Gewerbekammer des sgv unterstützt einstimmig die aktuelle Revision des Kriegsmaterialgesetzes und lehnt das Referendum ab. Die Revision eröffnet vielen KMU – gerade als Zulieferer – neue Geschäftsmöglichkeiten. Zusätzlich hilft die Revision, im Kriegsfall kritische Schlüsselkompetenzen in der Schweiz zu halten. Schlüsselkompetenzen, die ohne die Möglichkeit des Exports abwandern würden.

JA zum Zivildienstgesetz

Die Gewerbekammer des sgv sagt einstimmig JA zum Zivildienstgesetz. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist im aktuellen sicherheitspolitischen Umfeld notwendig. Die Bestände der Armee müssen stabilisiert werden.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74

Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.